

**Verordnung**  
**der Stadt Mannheim als untere Wasserbehörde**  
**zum Schutz des Grundwassers im Einzugsgebiet der**  
**Wassergewinnungsanlage „Mannheim-Rheinau“**

Aufgrund von

§ 51 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und § 52 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz - WHG) vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 19. Juni 2020 (BGBl. I S. 1408)

und

§ 95 Abs. 1 Wassergesetz für Baden-Württemberg (WG) vom 03. Dezember 2013 (GBl. S. 389), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 17. Dezember 2020 (GBl. S. 1233, 1248)

wird verordnet:

**§ 1**  
**Räumlicher Geltungsbereich**

- 1) Im Interesse der öffentlichen Wasserversorgung der Stadt Mannheim wird zum Schutz des Grundwassers im Einzugsgebiet der vom Wasserversorger MVV Netze GmbH betriebenen Wassergewinnungsanlage im Süden Mannheims das Wasserschutzgebiet mit der Bezeichnung „Mannheim-Rheinau“ und der WSG-Nr. 222031 neu festgesetzt.
- 2) Das Wasserschutzgebiet gliedert sich in die
  - Zone I (30 Fassungsbereiche),
  - Zone II (1 engere Schutzzone),
  - Zone III A (weitere Schutzzone, innerer Bereich) und
  - Zone III B (weitere Schutzzone, äußerer Bereich).
- 3) Das Wasserschutzgebiet erstreckt sich
  - mit der Zone III B

im Stadtkreis Mannheim  
auf die Gemarkungen Rheinau, Friedrichsfeld und Alteichwald,

im Landkreis Rhein-Neckar (Rhein-Neckar-Kreis)  
auf die Gemarkungen Schwetzingen, Plankstadt, Eppelheim, Edingen und Leimen,

im Stadtkreis Heidelberg  
auf die Gemarkungen Wieblingen, Pfaffengrund, Bahnstadt, Bergheim, Weststadt,  
Südstadt, Kirchheim, Rohrbach;

- mit der Zone III A

im Stadtkreis Mannheim  
auf die Gemarkungen Rheinau, Friedrichsfeld und Alteichwald,

im Landkreis Rhein-Neckar (Rhein-Neckar-Kreis)  
auf die Gemarkungen Schwetzingen, Plankstadt;

- mit der Zone II

im Stadtkreis Mannheim  
auf die Gemarkungen Rheinau, Seckenheim (Bereich Waldrennbahn),

im Landkreis Rhein-Neckar (Rhein-Neckar-Kreis)  
auf die Gemarkung Schwetzingen;

- mit der Zone I

im Stadtkreis Mannheim  
auf die Gemarkung Rheinau,

im Landkreis Rhein-Neckar (Rhein-Neckar-Kreis)  
auf die Gemarkung Schwetzingen

und umfasst insgesamt 30 Fassungsbereiche (20 m x 20 m).

Die genauen Grenzen des Wasserschutzgebietes und seiner Schutzzonen ergeben sich aus der Übersichtskarte im Maßstab M 1:20.000, in der die Zone III B hellgrün, die Zone III A dunkelgrün, die Zone II gelb und die Zone I rot dargestellt sind, und den Detailplänen (Detaillageplan Blatt 1 bis 5) je im Maßstab 1:2.500, in denen die Zonenabgrenzungen mit den genannten Farben dargestellt sind nebst Benennung der Schutzzonen.

4) Die folgenden Unterlagen und Schutzgebietskarten sind Bestandteil dieser Verordnung:

Nr.	Bezeichnung	Maßstab	Verfasser	Datum
1.	Lageplan des Wasserschutzgebietes mit Lage der Schutzzonen und der Förderbrunnen	1:20.000	MVV Energie Abt. TV.R.5	16.11.2021
2.	Lageplan des Wasserschutzgebietes mit hervorgehobenem Erweiterungsgebiet	1:20.000	MVV Energie Abt. TV.R.5	16.11.2021
3.	Übersicht der Detailpläne des Erweiterungsgebietes	1:20.000	MVV Energie Abt. TV.R.5	16.11.2021
4.	Detailpläne Detaillageplan Blatt 1-5	je 1:2.500	MVV Energie Abt. TV.R.5	09.06.2017

5) Die Verordnung mit Schutzgebietskarten ist bei folgenden Behörden niedergelegt und kann dort während der allgemeinen Dienst- / Sprechzeiten kostenlos eingesehen werden:

- Stadt Mannheim (Technisches Rathaus Mannheim), Untere Wasserbehörde, Glücksteinallee 11, 68163 Mannheim,
- Landratsamt Rhein-Neckar-Kreis, Untere Wasserbehörde, Kurpfalzring 106, 69123 Heidelberg,
- Stadt Heidelberg (Prinz-Carl), Untere Wasserbehörde, Kornmarkt 1, 69117 Heidelberg
- Gemeinde Edingen-Neckarhausen (Rathaus Edingen), Hauptstraße 60, 68535 Edingen-Neckarhausen
- Gemeinde Edingen-Neckarhausen (Rathaus Neckarhausen), Hauptstraße 389, 68535 Edingen-Neckarhausen
- Stadt Eppelheim, Schulstraße 2, 69214 Eppelheim
- Gemeinde Plankstadt, Schwetzingen Straße 28, 68723 Plankstadt (während des Rathaus-Neubaus: Am Festplatz 1, 68723 Plankstadt)
- Stadt Schwetzingen, Hebelstr. 1, 68723 Schwetzingen
- Stadt Leimen, Rathausstraße 1-3, 69181 Leimen

## **§ 2**

### **Schutzbestimmungen der Schutzgebiets- und Ausgleichs-Verordnung**

- 1) Im Wasserschutzgebiet gelten die Schutzbestimmungen der Verordnung des Umweltministeriums über Schutzbestimmungen und die Gewährung von Ausgleichsleistungen in Wasser- und Quellenschutzgebieten (Schutzgebiets- und Ausgleichs-Verordnung – SchALVO) vom 20. Februar 2001 (GBl., S. 145, ber. S. 414), zuletzt geändert durch Artikel 15 des Gesetzes vom 3. Dezember 2013 (GBl. S. 389, 444).
- 2) Gegenüber der Schutzgebiets- und Ausgleichs-Verordnung weitergehende Regelungen dieser Verordnung gehen vor.

## **§ 3**

### **Schutz des Fassungsbereichs (Zone I)**

- 1) Die Zone I darf nur von den Eigentümern und Nutzungsberechtigten der Grundstücke, von den Bediensteten der Wasserversorgungsunternehmen, der Wasser- und Gesundheitsbehörden und des Regierungspräsidiums Freiburg, Abteilung 9 - Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau - sowie von denjenigen Personen, denen ein Betretungsrecht aufgrund sonstiger gesetzlicher Bestimmungen zusteht, betreten werden. Von Dritten darf die Zone I nur mit Zustimmung des Wasserversorgungsunternehmens betreten werden.
- 2) In der Zone I sind neben den nach der SchALVO gestatteten Maßnahmen nur Maßnahmen der Wassergewinnung und der Wasserversorgung zulässig.

## **§ 4**

### **Schutz der engeren und weiteren Schutzzonen (Zonen II und III)**

Für die engere und weiteren Schutzzonen (Zonen II und III – III A / III B –) gelten die Regelungen in den §§ 5 bis 8 ergänzend.

## § 5

### Landwirtschaftliche, gartenbauliche und forstwirtschaftliche Nutzung

Neben den Schutzbestimmungen nach § 2 gelten folgende Regelungen:

	Engere Schutzzone	Weitere Schutzzone	
	II	III A	III B
1. Anwendung von Düngemitteln, Pflanzenschutzmitteln und Biozidprodukten in oder unmittelbar an oberirdischen Gewässern	Verboten	Verboten	
2. Anwendung von Pflanzenschutzmitteln und Biozidprodukten mit Luftfahrzeugen	Verboten	Verboten	
3. Lagern von Pflanzenschutzmitteln und Biozidprodukten	Verboten	Verboten. Zulässig in geeigneten und dichten Einrichtungen mit ausreichendem Auffangraum	
4. Zubereiten der Behandlungsflüssigkeiten (z. B. Pflanzenschutzmittel, Biozidprodukte) und Befüllung von Pflanzenschutzgeräten	Verboten	Zulässig, wenn ein Abfluss in die Kanalisation oder ein Gewässer (Oberflächen- oder Grundwasser) bzw. eine Versickerung in konzentrierter Form nicht zu besorgen ist und das Befüllen unter ständiger Aufsicht erfolgt.	
5. Vorübergehendes Lagern von mineralischem Handelsdünger (inkl. Karbokalk), ausgenommen Kalk	Verboten	Zulässig in geeigneten Einrichtungen wenn eine nachteilige Veränderung der Wasserbeschaffenheit nicht zu besorgen ist.	
6. Vorübergehendes Lagern (Zwischenlagerung) von Festmist und Siliergut	Verboten	Verboten. Zulässig ist nur die Lagerung von Siliergut in allseitig dichten mobilen Silagen (Rund- und Quaderballen), sofern sie nicht auf unbefestigtem Boden geöffnet werden.	Zulässig, wenn eine nachteilige Veränderung der Wasserbeschaffenheit nicht zu besorgen ist; die Zwischenlagerung von Festmist auf unbefestigten Flächen an wechselnden Standorten ist nur in

	Engere Schutzzone	Weitere Schutzzone	
	II	III A	III B
			Ausnahmefällen und nur innerhalb von sechs Monaten für eine ordnungsgemäße Aufbringung auf angrenzenden Flächen erlaubt.
7. Errichten und Erweitern von Festmist- und Silageanlagen sowie von Anlagen zum Lagern und Abfüllen von Jauche, Gülle und Gärstoff, Silagesickersaft, Gärreste	Verboten	Zulässig ist das Lagern in dichten Anlagen mit Leckageerkennung für austretende Flüssigkeiten, ausgenommen in Folienerdbecken; ggf. anfallendes Silagesickerwasser oder anfallende Jauche sind vorschriftsmäßig zu sammeln.	Zulässig ist das Lagern in dichten Anlagen mit Leckageerkennung für austretende Flüssigkeiten; ggf. anfallendes Silagesickerwasser oder anfallende Jauche sind vorschriftsmäßig zu sammeln.
8. Lagern von Festmist und Silage sowie von Jauche, Gülle, Silagesickersaft und Gärresten	Verboten	Zulässig in Anlagen gemäß Nr. 7	
9. Aufbringung von Festmist	Zulässig nach Maßgabe der SchALVO		
10. Ausbringung von flüssigen Wirtschaftsdüngern tierischer Herkunft, Silagesickersäften und ähnlichen Stoffen inkl. Gärresten	Verboten		
11. Ausbringen von Klärschlamm und Fäkalien	Verboten	Verboten	
12. Errichten und Erweitern von Kleingartenanlagen	Verboten		

	Engere Schutzzone	Weitere Schutzzone	
	II	III A	III B
13. Ortsfeste Anlagen zur Versorgung und Haltung von Tieren	Verboten	Zulässig nach Maßgabe der SchALVO, wenn eine nachteilige Veränderung der Wasserbeschaffenheit nicht zu besorgen ist.	
14. Freiland-, Koppel- und Pferchtierhaltung, temporäre Errichtung und Betrieb von Anlagen zur Versorgung und Haltung von Tieren sowie Weidenutzung	Verboten, außer nach Maßgabe der SchALVO zulässig.		
15. Wildfütterungen, KIRRung und Wildgehege	Verboten	Zulässig nach Maßgabe des Pflanzenschutzmittelrechts.	
16. Kahlschlag (Kahlhieb) und Waldrodung	Verboten sind Kahlschlag (Kahlhieb) und Waldrodung von mehr als einem Hektar Fläche.		
17. Umwandlung von Wald	Verboten	Verboten	
18. Behandeln von Stammholz, sonstigem Holz oder Rindenabfällen mit Pflanzenschutzmitteln oder Biozidprodukten	Verboten	Zulässig nach Maßgabe des Pflanzenschutzmittelrechts.	
19. Anlegen und Erweitern von Holzmassenlagerplätzen	Verboten	Zulässig für unbehandeltes Holz, wenn eine nachteilige Veränderung der Wasserbeschaffenheit nicht zu besorgen ist.	
20. Lagerung von Rindenmaterial oder Häckselgut in Form von Mieten oder Haufen mit einem Volumen von mehr als 5 m <sup>3</sup>	Verboten	Zulässig, wenn eine nachteilige Veränderung der Wasserbeschaffenheit nicht zu besorgen ist.	
21. Anlegen und Erweitern von Drainagen und Vorflutgräben	Verboten	Verboten. Zulässig bei Bau und Unterhaltung von Feld- und Waldwegen	
22. Beseitigung (Vergraben) von Tierkörpern oder Teilen davon	Verboten	Verboten, außer im Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetz vorgesehen.	

## § 6

### Wassergefährdende Stoffe, Abwasser, Abfall

Neben den Schutzbestimmungen nach § 2 gelten folgende Regelungen:

	Engere Schutzzone	Weitere Schutzzone	
	II	III A	III B
1. Umgang mit wassergefährdenden Stoffen im Sinne von § 53 WG, außerhalb landwirtschaftlicher, forstwirtschaftlicher und gärtnerischer Nutzungen	Verboten	Zulässig, wenn eine nachteilige Veränderung der Wasserbeschaffenheit nicht zu besorgen ist.	
2. Errichten und Erweitern von Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen im Sinne von § 62 WHG mit Ausnahme von Anlagen zur Entsorgung von Abfällen und Reststoffen	Verboten	Zulässig, sofern das Errichten oder Erweitern nach Maßgabe der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (AwSV) in der jeweils gültigen Fassung oder diese ersetzender Vorschriften erfolgt.	
3. Errichten und Erweitern von Anlagen zum Speichern wassergefährdender Stoffe in unterirdischen Hohlräumen	Verboten	Verboten	
4. Errichten und Erweitern von Rohrleitungsanlagen zum Befördern wassergefährdender Stoffe im Sinne der Rohrfernleitungsverordnung einschließlich Leitungen, die dem Bergrecht unterliegen	Verboten	Zulässig, wenn eine nachteilige Veränderung der Wasserbeschaffenheit nicht zu besorgen ist.	
5. Errichten und Erweitern von Umspannstationen (Transformatorstationen)	Verboten	Zulässig, wenn eine nachteilige Veränderung der Wasserbeschaffenheit nicht zu besorgen ist.	
6. Errichten und Erweitern von Umspannwerken	Verboten		Zulässig, wenn eine nachteilige Veränderung der Wasserbeschaffenheit nicht zu besorgen ist.



	Engere Schutzzone	Weitere Schutzzone	
	II	III A	III B
7. Umgang mit radioaktiven Stoffen im Sinne des Atomgesetzes und der Strahlenschutzverordnung (ausgenommen sind im Rahmen der Trinkwasseraufbereitung mit Radionukliden angereicherte Rückstände, z. B. Enteisungsschlämme)	Verboten	Verboten. Ausgenommen sind medizinische Anwendungen sowie für Mess-, Prüf- und Regeltechnik.	
8. Verwendung von Schmierstoffen im Bereich Verlustschmierung (z. B. bei Motorsägen) und als Schalöle	Zulässig sind nur biologisch schnell abbaubare Schmierstoffe und Öle.	Zulässig sind nur biologisch schnell abbaubare Schmierstoffe und Öle.	
9. Errichten, Erweitern und Betreiben von Abwasserbehandlungsanlagen	Verboten	Verboten. Ausgenommen sind: <ul style="list-style-type: none"> <li>- das Erweitern von Sammelkläranlagen, wenn dies zu einer Verbesserung des Gewässerschutzes beiträgt,</li> <li>- das Errichten und Erweitern von Regenwasserbehandlungsanlagen, betrieblichen Vorbehandlungsanlagen und Anlagen zur Beseitigung von Niederschlagswasser,</li> <li>- das Errichten und Erweitern von Kleinkläranlagen, wenn diese in einer von der Unteren Wasserbehörde genehmigten Abwasserbeseitigungskonzeption vorgesehen sind, bei erhöhten Anforderungen an Bauausführung und Dichtheit.</li> </ul>	
10. Errichten und Betreiben von Abwasserkanälen und Abwasserleitungen	Verboten	Verboten. Zulässig bei Beachtung des ATV-DVWK Arbeitsblatts A 142 „Abwasserkanäle und -leitungen in Wassergewinnungsgebieten“	
11. Versickern und Versenken von Abwasser und Niederschlagswasser	Verboten. Ausgenommen ist das breitflächige Versickern des auf	Verboten. Ausgenommen sind: <ul style="list-style-type: none"> <li>- das Versickern von nicht schädlich verunreinigtem Nie-</li> </ul>	

	Engere Schutzzone	Weitere Schutzzone	
	II	III A	III B
	land- und forstwirtschaftlichen Wegen anfallenden Niederschlagswassers über bewachsene Bodenschichten	<p>derschlagswasser über bewachsene Bodenschichten oder gleichwertige Filterschichten, wenn eine nachteilige Veränderung der Wasserbeschaffenheit nicht zu besorgen ist,</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- das Versickern des auf Verkehrsflächen anfallenden Niederschlagswassers über bewachsene Bodenschichten oder gleichwertige Filterschichten nach Maßgabe der Technischen Regeln für die Ableitung und Behandlung von Straßenoberflächenwasser in der jeweils geltenden Fassung.</li> </ul>	
12. Ein- oder Aufbringen von Abfällen in oder auf Böden sowie der Einbau von Abfällen oder Ersatzbaustoffen in (bodennahe) technische Bauwerke	Verboten	Zulässig, wenn die gesetzlichen Vorgaben eingehalten werden und eine nachteilige Veränderung der Wasserbeschaffenheit nicht zu besorgen ist.	
13. Verwerten von Bodenmaterial, soweit nicht von § 6 Nr. 12 erfasst	Verboten. Ausgenommen ist die Wiederverwendung von unbelastetem Bodenmaterial am Herkunftsort.	Zulässig, wenn eine nachteilige Veränderung der Wasserbeschaffenheit nicht zu besorgen ist und die gesetzlichen Vorgaben (insb. § 12 Abs. 8 BBodSchV) eingehalten werden.	
14. Verwenden von teerhaltigem Straßenaufbruch im Straßenbau	Verboten	Verboten	
15. Verwenden von auswasch- oder auslaugbaren und wassergefährdenden Materialien, soweit nicht unter § 6 Nr. 12, 13, 14 geregelt, insbesondere beim Bau von Verkehrsanlagen und von Lärmschutzwällen sowie für Aufschüttungen	Verboten	Verboten	

	Engere Schutzzone	Weitere Schutzzone	
	II	III A	III B
16. Errichten und Erweitern von Anlagen zum Umschlagen, zur Behandlung, zur Lagerung, zur Verwendung und Ablagerung (Entsorgung) von Abfällen (im Sinne des Kreislaufwirtschaftsgesetzes) sowie von radioaktivem Material	Verboten. Ausgenommen Anlagen zur Kompostierung in Haus- und Kleingärten.	<p>Verboten. Zulässig sind, wenn eine nachteilige Veränderung der Wasserbeschaffenheit nicht zu besorgen ist:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Recyclinghöfe und Sortieranlagen für Haus-, Sperr- und Gewerbemüll,</li> <li>- Anlagen zur Behandlung von Grüngut und Bioabfällen,</li> <li>- Umschlagsanlagen für Hausmüll und hausmüllähnliche Produktionsrückstände,</li> <li>- Abfallzwischenlager und Abfallvorbehandlungsanlagen bei den in der Schutzzone ansässigen Betrieben,</li> <li>- Anlagen zur Vorortbehandlung von kontaminiertem Erdaushub, Bauschutt und Straßenaufbruch</li> </ul>	<p>Verboten. Zulässig sind, wenn eine nachteilige Veränderung der Wasserbeschaffenheit nicht zu besorgen ist:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- die in der Zone III A zulässigen Anlagen</li> <li>- Anlagen zur Behandlung oder Lagerung von Autowracks, sonstigen Altfahrzeugen und Schrott,</li> <li>- Deponien der Deponiekategorie I gemäß Deponieverordnung in der jeweils geltenden Fassung.</li> </ul>

	Engere Schutzzone	Weitere Schutzzone	
	II	III A	III B
		<p>auf befestigten und abgedichteten Plätzen mit Sickerwassererfassung im Rahmen der Sanierung von Altlasten oder schädlichen Bodenveränderungen,</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Umschlags- und Behandlungsanlagen für verwertbaren Bodenaushub, Bauschutt und Straßenaufbruch, auf entsprechend der gesetzlichen Regelungen befestigten Flächen,</li> <li>- Deponien der Deponieklasse 0 gemäß Deponieverordnung in der jeweils geltenden Fassung.</li> </ul>	

## § 7

### Bauliche Nutzungen

Neben den Schutzbestimmungen nach § 2 gelten folgende Regelungen:

	Engere Schutzzone	Weitere Schutzzone	
		III A	III B
1. Ausweisung von Industriegebieten	Verboten	Verboten	
2. Ausweisung von Baugebieten ausgenommen Industriegebiete	Verboten	Zulässig, wenn eine nachteilige Veränderung der Wasserbeschaffenheit nicht zu besorgen ist und wenn auf die Bestimmungen dieser Rechtsverordnung in den Festsetzungen des Bebauungsplans hingewiesen wird und soweit Belange der Grundwasserneubildung der geplanten Bebauung nicht entgegenstehen.	
3. Errichten und Erweitern von baulichen Anlagen gemäß Landesbauordnung soweit in dieser Verordnung nichts Abweichendes geregelt ist	Verboten	Zulässig, wenn eine nachteilige Veränderung der Wasserbeschaffenheit nicht zu besorgen ist.	
4. Baustelleneinrichtungen, Baustofflager und Wohnunterkünfte für Baustellenbeschäftigte	Verboten	Zulässig, wenn eine nachteilige Veränderung der Wasserbeschaffenheit nicht zu besorgen ist.	
5. Errichten und Erweitern von Kavernen, Tunnel- und Stollenbauten	Verboten	Verboten	
6. Errichten von Industrieanlagen und Gewerbebetrieben, in denen in besonders großem Umfang mit wassergefährdenden Stoffen umgegangen wird oder die aufgrund ihrer Betriebsweise ein erhebliches Risiko für das Grundwasser darstellen	Verboten	Verboten	
7. Neu-, Um- und Ausbau von Straßen, Parkplätzen und sonstigen Verkehrsflächen mit Ausnahme von Rad-, Feld- und Waldwegen	Verboten	Zulässig, wenn die erforderlichen Schutzvorkehrungen gegen eine nachteilige Veränderung der Wasserbeschaffenheit getroffen werden.	

	Engere Schutzzone	Weitere Schutzzone	
	II	III A	III B
8. Neu-, Um- und Ausbau von Rad-, Feld- und Waldwegen	Verboten		
9. Neu-, Um- und Ausbau von Gleisanlagen des schienen- gebundenen Verkehrs	Verboten	Verboten ist das Errichten und Erweitern von Rangier- und Gü-terbahnhöfen.	
10. Errichten und wesentliches Erweitern von Sport- und Freizeitanlagen	Verboten	Zulässig, wenn aufgrund der An- lagenart oder der Schutzvorkeh- rungen und -maßnahmen eine nachteilige Veränderung der Wasserbeschaffenheit nicht zu besorgen ist.	
11. Errichten und Erweitern von Motorsportanlagen	Verboten	Verboten	
12. Errichten und Erweitern von Fischteichen	Verboten		
13. Errichten und Erweitern von Friedhöfen	Verboten	Verboten	
14. Errichten und Erweitern von Verkehrs- und Sportflugplätzen mit Motorflugbetrieb	Verboten	Verboten	
15. Errichtung und Erweiterung von Biogasanlagen	Verboten	Zulässig, wenn die Anforderun- gen an den Umgang mit wasser- gefährdenden Stoffen eingehal- ten werden und eine nachteilige Veränderung der Wasserbe- schaffenheit nicht zu besorgen ist.	
16. Errichten von Windkraftanla- gen	Verboten	Zulässig, wenn eine nachteilige Veränderung der Wasserbe- schaffenheit nicht zu besorgen ist.	
17. Errichten von Freiflächen- Photovoltaikanlagen	Verboten	Zulässig, wenn eine nachteilige Veränderung der Wasserbe- schaffenheit nicht zu besorgen ist.	
18. Errichten und Betrieb von Anlagen zur Lagerung von radioaktiven Abfällen	Verboten	Verboten	

## § 8 Sonstige Nutzungen

Neben den Schutzbestimmungen nach § 2 gelten folgenden Regelungen:

	Engere Schutzzone	Weitere Schutzzone	
		III A	III B
1. Maßnahmen, die eine wesentliche Verminderung der Grundwasserneubildung oder des nutzbaren -dargebots zur Folge haben	Verboten	Verboten	
2. Maßnahmen zur Erschließung von Grundwasser	Verboten, soweit im Folgenden nichts anderes geregelt ist.	Verboten, soweit im Folgenden nichts anderes geregelt ist.	
3. Gewinnen von Rohstoffen und sonstige Abgrabungen, Einschnitte und Erdaufschlüsse sowie deren Erweiterung mit Ausnahme von Erdaufschlüssen zur Altlastenerkundung und -sanierung (bzw. von schädlichen Bodenveränderungen) sowie von Bohrungen	Verboten	Verboten sind das Gewinnen von Rohstoffen und sonstige Abgrabungen, Einschnitte und Erdaufschlüsse, sowie deren Erweiterung, wenn dadurch das Grundwasser freigelegt wird oder keine ausreichende Grundwasserüberdeckung erhalten bleibt.	
4. Gewässer Ausbau und -neubau sowie das Anlegen von Hochwasserretentionsflächen	Verboten	Zulässig, wenn eine nachteilige Veränderung der Wasserbeschaffenheit nicht zu besorgen ist.	
5. Bohrungen	Verboten	Zulässig, wenn eine nachteilige Veränderung der Wasserbeschaffenheit nicht zu besorgen ist.	
6. Errichten und Erweitern von Anlagen zur Gewinnung von Erdwärme	Verboten	Verboten. Zugelassen werden können Erdwärmekollektoren nach Einzelfallprüfung.	Verboten. Zugelassen werden können Erdwärmekollektoren und Erdwärmesonden nach Einzelfallprüfung.

	Engere Schutzzone	Weitere Schutzzone	
	II	III A	III B
7. Errichten und Erweitern von Grundwasserwärmepumpen	Verboten	Verboten	Verboten. Zugelassen werden können Grundwasserwärmepumpen nach Einzelfallprüfung.
8. Sprengungen	Verboten	Zulässig, wenn das Grundwasser nicht angeschnitten wird und eine nachteilige Veränderung der Wasserbeschaffenheit nicht zu besorgen ist.	
9. Untertageabbau von Bodenschätzen	Verboten	Verboten	
10. Technische Maßnahmen zur Aufsuchung und Gewinnung von Erdöl, Erdgas und Erdwärme (tiefe Geothermie) insbesondere, wenn dabei Gesteine unter hydraulischem Druck aufgebrochen werden	Verboten	Verboten	
11. Errichten, Erweitern und Betreiben von Schießständen oder Schießanlagen im Freien	Verboten	Verboten. Ausgenommen wenn im Einzelfall nachgewiesen wird, dass eine nachteilige Veränderung der Wasserbeschaffenheit nicht zu besorgen ist.	
12. Zivile Übungen (z. B. durch Feuerwehr und andere Hilfsorganisationen) und militärische Übungen außerhalb von Standort- und militärischen Truppenübungsplätzen	Verboten. Ausgenommen sind Bewegungen zu Fuß, das Durchfahren mit Radkraftfahrzeugen auf klassifizierten Straßen und das oberirdische Verlegen von Feldkabeln.	Zulässig, wenn eine nachteilige Veränderung der Wasserbeschaffenheit nicht zu besorgen ist.	



	Engere Schutzzone	Weitere Schutzzone	
	II	III A	III B
13. Anlegen und Erweitern von militärischen Standort- und Truppenübungsplätzen	Verboten	Verboten. Ausgenommen ist das Anlegen und Erweitern von Standort- und Truppenübungsplätzen, wenn eine nachteilige Veränderung der Wasserbeschaffenheit nicht zu besorgen ist und soweit Belange der Grundwasserneubildung der geplanten Bebauung nicht entgegenstehen.	
14. Anlegen und Erweitern von zivilen Übungsplätzen	Verboten	Zulässig, wenn die erforderlichen Schutzvorkehrungen gegen eine nachteilige Veränderung der Wasserbeschaffenheit getroffen werden.	
15. Volksfeste und sonstige Großveranstaltungen	Verboten	Zulässig, wenn eine nachteilige Veränderung der Wasserbeschaffenheit nicht zu besorgen ist und die geordnete Abfall- und Abwasserentsorgung gewährleistet ist.	
16. Motorsportveranstaltungen	Verboten	Zulässig, wenn eine nachteilige Veränderung der Wasserbeschaffenheit nicht zu besorgen ist und die geordnete Abfall- und Abwasserentsorgung gewährleistet ist.	
17. Aufstellen von Wohnwagen, Wohnmobilen und Zeltlagern	Verboten	Zulässig, wenn die geordnete Abfall- und Abwasserentsorgung gewährleistet ist.	
18. Verwenden von Pflanzenschutzmitteln zur Gleisentkrautung	Verboten		
19. Behälterlose Lagerung oder Ablagerung von (nicht wassergefährdenden) Stoffen im Untergrund	Verboten		

## **§ 9**

### **Duldungspflichten der Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Grundstücken**

Die Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Grundstücken innerhalb des Wasserschutzgebietes sind verpflichtet, zu dulden, dass Beschäftigte / Beauftragte des Wasserversorgungsunternehmens oder der Aufsichtsbehörden die Flurstücke zur Beobachtung des Wassers und des Bodens betreten, Beobachtungsstellen einrichten, amtliche Kennzeichen anbringen und die Fassungsbereiche umzäunen.

## **§ 10**

### **Befreiung**

- 1) Für die Erteilung von Befreiungen von den Verboten und Beschränkungen nach § 4 gilt § 52 Abs. 1 Sätze 2 und 3 WHG.
- 2) Die Befreiung nach Absatz 1 kann unter den Voraussetzungen des § 36 Landesverwaltungsverfahrensgesetz sowohl mit Bedingungen als auch mit Auflagen versehen und befristet werden. Die Befreiung nach § 52 Abs. 1 Satz 2 WHG kann zurückgenommen, nachträglich mit zusätzlichen Anforderungen versehen oder weiteren Einschränkungen unterworfen werden, um das Grundwasser im Rahmen dieser Verordnung vor nachteiligen Veränderungen seiner Eigenschaften zu schützen, die bei der Erteilung der Befreiung nicht voraussehbar waren.
- 3) Auf Antrag kann von den Schutzbestimmungen nach §§ 4 oder 5 der SchALVO eine Befreiung erteilt werden, wenn
  - a) ein berechtigtes Interesse an der Abweichung besteht und wegen anderweitiger Schutzvorkehrungen eine Verunreinigung des Grundwassers oder eine sonstige nachteilige Veränderung seiner Eigenschaften nicht zu besorgen ist oder
  - b) Gründe des Wohls der Allgemeinheit die Abweichung erfordern oder
  - c) die Durchführung der Vorschrift zu einer offenbar nicht beabsichtigten Härte führen würde und die Abweichung mit den öffentlichen Belangen, insbesondere mit den Belangen des Grundwasserschutzes, vereinbar ist oder
  - d) die sofortige Durchführung der Vorschrift zu einer unzumutbaren Härte führen würde und für eine Übergangszeit die Abweichung eine nachteilige Auswirkung auf das Grundwasser nicht erwarten lässt.

- 4) Die Befreiung nach Abs. 3 darf entsprechend § 10 Abs. 2 SchALVO nur auf Zeit oder auf Widerruf erteilt werden. Eine auf Zeit erteilte Befreiung kann vor Ablauf der Zeit aus Gründen des Wohls der Allgemeinheit widerrufen werden. Im Falle des Widerrufs kann die Stadt Mannheim vom Grundstückseigentümer/Berechtigten/Begünstigten verlangen, dass der frühere Zustand wiederhergestellt wird, sofern es das Wohl der Allgemeinheit, insbesondere der Schutz der Wasserversorgung erfordert.
- 5) Anträge auf Befreiung sind bei der jeweils örtlich zuständigen Unteren Wasserbehörde einzureichen.  
Sind mehrere Untere Wasserbehörden zuständig, entscheidet die Untere Wasserbehörde, die zuerst mit der Sache befasst worden ist im Einvernehmen mit der / den jeweils anderen. Kann das Einvernehmen der Unteren Wasserbehörden nicht hergestellt werden, entscheidet die Höhere Wasserbehörde.
- 6) Eine Befreiung wird durch eine nach anderen Vorschriften gleichzeitig erforderliche Gestattung ersetzt. Diese Gestattung darf nur im Einvernehmen mit der zuständigen Unteren Wasserbehörde erteilt werden.  
Verfahrensrechtliche Konzentrationsregelungen nach übergeordneten Vorschriften bleiben unberührt.

## **§ 11**

### **Ausnahmen**

Die Verbote des § 3 und der §§ 5 bis 8 gelten nicht

1. für Maßnahmen des Wasserversorgungsunternehmens, die der Wassergewinnung oder Wasserversorgung dienen, wobei solche Maßnahmen mit der örtlich zuständigen unteren Wasserbehörde rechtzeitig vor der Durchführung einvernehmlich abzustimmen sind und
2. für das Errichten und Betreiben von Anlagen, die bereits vor Inkrafttreten dieser Verordnung rechtmäßig zugelassen, errichtet oder betrieben wurden. Für den Betrieb rechtmäßig zugelassener Anlagen gilt dies nur dann, wenn der Betrieb innerhalb der Zulassung erfolgt. Die Betreiber sind verpflichtet, das Bestehen der Anlagen nach Satz 1 Nr. 2 der jeweils zuständigen unteren Wasserbehörde bis spätestens sechs Monate nach Inkrafttreten der Verordnung anzuzeigen. Die Berechtigung der unteren Wasserbehörde, zum Schutz der öffentlichen Wasserversorgung vor nachteiligen Einwirkungen Auflagen, Bedingungen oder sonstige Anforderungen zu stellen, soweit das Wohl der Allgemeinheit dies erfordert, bleibt unberührt.

## **§ 12**

### **Ordnungswidrigkeiten**

- 1) Ordnungswidrig im Sinne von § 126 Abs. 1 Nr. 18 WG-bzw. § 103 Abs. 1 Nr. 7 a WHG handelt ferner, wer vorsätzlich oder fahrlässig
  - a) einem Verbot nach §§ 3 sowie 5 bis 8 dieser Verordnung zuwiderhandelt,
  - b) einer vollziehbaren Anordnung nach §§ 3 sowie 5 bis 8 dieser Verordnung oder einer Nebenbestimmung nach § 10 Abs. 3 dieser Verordnung zuwiderhandelt,
  - c) den Duldungspflichten nach § 9 dieser Verordnung oder
  - d) der Anzeigepflicht nach § 11 Nr. 2 Satz 3 dieser Verordnung nicht nachkommt.

## **§ 13**

### **Inkrafttreten**

- 1) Diese Verordnung tritt am XX. Monat 202X in Kraft.
- 2) Gleichzeitig wird die Verordnung der Stadt Mannheim als untere Wasserbehörde zugunsten des Trinkwasserversorgers MVV Energie AG zum Schutz des Grundwassers im Einzugsgebiet der Wassergewinnungsanlage „Mannheim-Rheinau“, früher „Rheinau“ vom 07. Januar 2014 aufgehoben.

Mannheim, den

#### Verkündungshinweis:

Gemäß § 97 Abs. 1 WG ist eine etwaige Verletzung der in § 95 Abs. 2 bis 4 WG genannten Verfahrens- und Formvorschriften nur beachtlich, wenn sie innerhalb eines Jahres nach Erlass der Rechtsverordnung bei der Stadt Mannheim, Rathaus E 5, 68159 Mannheim, schriftlich geltend gemacht wird. Der Sachverhalt, der die Verletzung begründen soll, ist darzulegen.